Manifest Frauenstreiktag Liechtenstein 14. Juni 2019

300 Jahre Liechtenstein – 35 Jahre Demokratie

Seit Jahren stellen wir einen Stillstand in der Gleichstellungspolitik der Regierung fest. Die wesentlichen Massnahmen, welche zu einer verbesserten Gleichstellung unbedingt und zeitnah von der Regierung eingeleitet werden müssten, sind immer noch nicht in einem Strategiepapier formuliert. Der kürzlich veröffentlichte Massnahmenplan Chancengleichheit 2019 ist eine sich wiederholende Auflistung der gleichen Projekte, die seit Jahren vor allem von Nichtregierungsorganisationen durchgeführt werden.

Wir prangern Missstände an, die ebenfalls seit Jahren bekannt sind, aber durch die Untätigkeit der Regierung an Dringlichkeit zunehmen: fehlende Lohngleichheit, mangelnde soziale Absicherung der unbezahlten Care-Arbeit und ungenügende politische Teilhabe der Hälfte der Bevölkerung. Wie lange noch werden unsere Bemühungen um gleichen Lohn, sozialer Absicherung und gleicher politischer Teilhabe ignoriert?

Wir fordern von der Regierung eine zukunftsgerichtete Ausrichtung ihrer Politik, um wichtige genderpolitische Massnahmen endlich auf den Weg zu bringen:

1. Forderung:

Care ist Wirtschaft

Die gleichberechtigte Verteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern ist gelebte Gleichstellung. Überall auf der Welt wird mehr unbezahlt gearbeitet als bezahlt, auch in Liechtenstein. Frauen leisten einen grossen Teil der unbezahlten und gesellschaftlich sehr wichtigen Care-Arbeit (Familienarbeit, Kindererziehung, Betreuung älterer Menschen). Wir fragen uns: wie viele Stunden unbezahlter Arbeit werden in Liechtenstein geleistet und von wem?

Wir fordern das Sichtbarmachen der unbezahlten Arbeit durch eine Studie, welche das Ministerium für Gesellschaft in Auftrag gibt. Wir fordern eine angemessene Verteilung der unbezahlten Care-Arbeit zwischen Frauen und Männern und die Anerkennung, Wertschätzung sowie den Einbezug der unbezahlten Care-Arbeit in die Sozialversicherungen.

2. Forderung

Gleichstellungsstrategie für Liechtenstein

Bei Gleichstellungsthemen stellen wir seit Jahren einen Stillstand fest. Im Bereich familienergänzende Betreuung konnten zwar Fortschritte erzielt werden. Doch seit der Auflösung der regierungsnahen Stabsstelle für Chancengleichheit im Zuge der Verwaltungsreform 2011 ist die Umsetzung der faktischen Gleichstellung zum Stillstand gekommen. Nichtregierungsorganisationen übernehmen wie vor 1996 staatliche Aufgaben, mehrheitlich ohne adäquate staatliche Unterstützung.

Dies ist besonders störend, weil sich der liechtensteinische Staat nicht zuletzt durch Ratifizierung des CEDAW Abkommens mit den Vereinten Nationen zur Übernahme von Aufgaben verpflichtet hat.

Wir fordern von der Regierung und dem Landtag die Einführung einer umfassenden Gleichstellungs- und Gender-Mainstreaming Politik durch die Regierung. Sie soll die Bereitstellung struktureller und personeller Ressourcen, Budgetierung sowie Überwachungsmassnahmen und Rechenschaftspflichten in allen staatlichen Sektoren und Stufen einschliessen.

Die Forderungen der Frauenorganisationen werden von den dringenden Empfehlungen der Vereinten Nationen unterstützt (CEDAW/C/LIE/CO/5).

3. Forderung

Rollenbilder

Traditionelle Verhaltensmuster und patriarchale Strukturen wirken noch immer in Liechtenstein. Gesellschaftliche Vorurteile und Rollenbilder, die Frauen und Männer in ihrer Entwicklung einschränken, fördern ungleiche Machtverhältnisse und führen zu grosser wirtschaftlicher, sozialer und emotionaler Abhängigkeit. Die Überwindung von überholten Rollenbildern stärkt die Unabhängigkeit der Frauen und ist ein wesentlicher Beitrag zur tatsächlichen Selbstbestimmtheit der Frauen.

Wir fordern von der Politik, der Verwaltung, Wirtschaftsverbänden, Organisationen und den Privatpersonen das Aufbrechen von überholten Rollenbildern und altmodischen Strukturen, damit die wirtschaftliche Unabhängigkeit und soziale Absicherung aller Frauen möglich wird.

4. Forderung

Gewalt gegen Frauen

Häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sind auch in Liechtenstein weit verbreitet und verursachen grosses menschliches Leid und auch hohe gesellschaftliche Kosten. Mit der Ratifizierung der Istanbul Konvention wird klar zum Ausdruck gebracht, dass Liechtenstein Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt nicht toleriert. Die Konvention sieht auch vor, die Gleichstellung von Frau und Mann zu fördern und Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts zu beseitigen.

Wir fordern die Ratifizierung der Istanbul Konvention noch in diesem Jahr (2019) durch den Landtag.

5. Forderung

Vereinbarkeit Familie und Beruf

Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle sind in unserem wirtschaftlichen Umfeld immer noch viel zu selten anzutreffen.

Wir fordern von den Wirtschafts-, Industrie- und Bankenverbänden lösungsorientierte und praktikable Ansätze für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. **Wir fordern** von der Politik und den Wirtschaftsverbänden zusätzlich zum bezahlten Mutterschaftsurlaub eine bezahlte Elternzeit von mindestens einem halben Jahr, qualifizierte Teilzeitstellen für Frauen und Männer, keine Diskriminierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund des familiären Engagements.

6. Forderung

Lohngleichheit

Gleichstellung ist dann erreicht, wenn Frauen und Männer gleiche Aufstiegs- und Karrierechancen ungeachtet der Familienarbeit haben und keine Lohnunterschiede aufgrund des Geschlechts feststellbar sind.

Schon im Manifest aus dem Jahr 2010 forderte das Frauennetz den Abbau der Lohnungleichheit bis zum Jahr 2018. Seit 2012 hat sich die Lohnungleichheit nur unwesentlich verändert. Das führt dazu, dass Frauen weiterhin weniger verdienen und in der Altersvorsorge schlechter gestellt sind. Sie haben das finanzielle Nachsehen (Altersarmut).

Wir fordern den Abbau der Lohnungleichheit und die Unterstützung im Kampf gegen die Lohnungleichheit von den Wirtschaftsverbänden und der Politik. Die Lohnungleichheit ist in Liechtenstein im Jahr 2022 besiegt!

7.Forderung

Mehrfachdiskriminierung

Frauen sind keine homogene Gruppe von Menschen und es gibt unter ihnen Privilegierte und weniger Privilegierte. Weitere Diskriminierungen können in Bezug auf: Behinderungen; sexuelle Orientierung und geschlechtliche Identität; Schichtzugehörigkeit; Herkunft/Nationalität; Religiöse Zugehörigkeit etc. entstehen. Der Frauenstreiktag soll Solidarität mit allen Diskriminierten (nicht nur in Liechtenstein) zeigen und beispielsweise auf Schwierigkeiten im Informationszugang hinweisen.

Wir sind gegen Diskriminierung jeglicher Art und für Chancengerechtigkeit für alle! Wir fordern einen barrierefreien Zugang in allen Lebensbereichen der Gesellschaft, Chancengerechtigkeit und Teilhabe unabhängig von Religion, Herkunft, Zugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Behinderung!

Für das Aktionskomitee: Conny Büchel Brühwiler, CO-Präsidentin Freie Liste
Petra Eichele, Geschäftsführerin infra